

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juni 2003



## Kein Manna vom Himmel

Es hat schon Börsenzeiten gegeben, die für die Einführung einer individuellen, kapitalgedeckten Altersvorsorge werben-der waren, als es die jetzige Flaute ist. Aber niemand kann im Ernst gemeint haben, die spektakulären Kurssprünge der Frühphase der „New Economy“ würden das von keiner Baisse mehr unterbrochene goldene Zeitalter des über Nacht zufliegenden Reichtums einleiten. Hundert Euro eingezahlt, zehn Prozent Monatszins – wie rasch wird man Millionär? Das ist nie die Formel gewesen, die man vernünftigerweise hinter der „Riester-Rente“ vermuten durfte.

Was sich jetzt an den Kapitalmärkten tut, das ist ärgerlich und bedrängend für alle, die nun – ins Rentneralter kommend – auf ihre Ersparnisse zurückgreifen wollten. Ein durchschlagendes Argument gegen das individuelle Sparen als Altersvorsorge lässt sich aus den verständlichen Enttäuschungen nicht gewinnen. Man kann daraus etwas lernen: dass es klug ist, das spekulative Element bei der Auswahl der Anlageform vor allem dann klein zu halten, wenn der Zeitpunkt näher rückt, an dem die Ersparnisse für die Lebenshaltung verfügbar sein sollten. Damit lassen sich konjunkturelle Auf- und Abwärtsbewegungen an den Kapitalmärkten durchaus beherrschen.

Was aber geschieht mit den Ersparnissen, wenn die Wirtschaft in einen unabsehbar langen Niedergang trudelte? Wäre man dann nicht im umlagefinanzierten Kollektiv einer staatlich organisierten Rentenversicherung besser aufgehoben? Sozialpolitiker sind geneigt, diese Frage mit einem frohgemuten „Ja!“ zu beantworten. Doch sie irren. Es zeigt sich gerade in dieser Zeit ganz deutlich: Auch die bestgemeinte Sozialpolitik holt kein Manna vom Himmel. Wo nichts wächst, weil die Wirtschaft verkrustet ist, da sind auch keine Zuwächse und keine Zinsen zu verteilen. In einer Wirtschaft dagegen, die Wachstumskräfte freisetzen kann, darf man sich – auf Dauer – mit Zuversicht der Leistungsfähigkeit der Kapitalmärkte anvertrauen.

*Hans D. Barbier*

## Schleppender Start

Ursprünglich galten die Personal-Service-Agenturen (PSA) als „Herzstück“ der Arbeitsmarktreformen, die einst von der Hartz-Kommission vorgeschlagen wurden. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit (BA) wurden bis Ende Mai 240 PSA eingerichtet, mit denen Arbeitslose in Leiharbeit vermittelt werden sollen. Bislang haben die überwiegend privaten Verleih-Agenturen rund 16 000 Arbeitslose übernommen.

Ob die neuen Leiharbeiternehmer auch umgehend zum Einsatz kommen, bleibt abzuwarten. Einen sofortigen „Erfolg“ hat zumindest die BA: 16 000 Arbeitslose fallen aus der Statistik der Bundesanstalt heraus. Bis Ende 2003 sollen rund 855 PSA entstehen. Die BA fürchtet inzwischen, dass dieses Ziel verfehlt wird. Im vergangenen Jahr war noch von bis zu 250 000 Vermittlungen pro Jahr die Rede. Nun hofft die Bundesregierung auf 50 000 in diesem Jahr.

[www.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/index.html](http://www.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/index.html)

## Ohne Fleiß kein Fördergeld

Verträge zur so genannten Riester-Rente werden nur zögernd abgeschlossen. Statt der erwarteten fünf Millionen Vertragsabschlüsse sind lediglich 2,93 Millionen förderfähige Riester-Rentenverträge

abgeschlossen worden. Noch zögerlicher scheint die Bearbeitung der Verträge abzulau- fen: 45 000 Anträge hat die – bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) angesiedelte – Zentrale Zula- genstelle bislang geprüft und staatliche Fördergelder in Hö- he von rund 2,9 Millionen € ausbezahlt.

Ursächlich für die schleppende Bearbeitung sind wohl zahlreiche falsch ausgefüllte Formulare und Anträge. Doch Unterstützung ist nah: Auf der Homepage der BfA gibt es beispielsweise „Tipps zum Ausfüllen des Zulageantra- ges“. Der Link – „NEU“ blinkt es dem Besucher entgegen – führt auf ein 15-seitiges For- mular, das beim Ausfüllen des „Antrags auf Altersvor- sorgezulage“ Hilfestellung ge- ben soll. Also: PDF auf die Festplatte laden oder ausdruc- ken und üben, üben, üben. Dann klappt's auch mit der Riester-Rente.

[www.bfa.de](http://www.bfa.de)

## Subventionen: Eine Definitionsfrage

Laut Duden ist die Subvention eine „zweckgebundene Unter- stützung aus öffentlichen Mitteln“ – eine Definition, die Interpretationen zulässt. Ent- sprechend unterschiedlich sind die veröffentlichten Bei- hilfesummen, die Bund, Län- der, Kommunen und Europäi- sche Union gewähren: Sie rei-

chen von knapp 60 Milliarden € bis zu 156 Milliarden €. Der niedrige Betrag stammt aus dem Subventionsbericht des Bundesfinanzministeriums. Dort gelten so genannte Finanzhilfen und Steuervergünstigungen an Unternehmen und Privathaushalte als Subvention. Größte Hilfeempfänger waren im vergangenen Jahr der Bergbau – 3,1 Milliarden € – und die Häuslebauer mit 9,5 Milliarden € für die Eigenheimzulage.

Wirtschaftsforschungsinstitute dagegen zählen auch staatliche Leistungen als Subvention, wenn starke Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur vermutet werden. Am weitesten geht dabei das Institut für Weltwirtschaft: Für die Forscher in Kiel sind Zuschüsse an Krankenhäuser und Kindergärten, an Theater und andere kulturelle Einrichtungen oder einige Sozialleistungen Subventionen. Die Subventionssumme ist deshalb mit 156 Milliarden € gut zweieinhalbmal so hoch wie die des Bundesfinanzministers. Sie entspricht 7,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 35 Prozent des Steueraufkommens.

Subventionen	
weite Definition, in Millionen €	
Finanzhilfen	115 841
• Bund	29 584
• Länder und Gemeinden	70 640
• Europäische Union	6 597
• Bundesanstalt für Arbeit	9 020
Steuervergünstigung	39 792
Subventionen gesamt	155 633
Stand: August 2002	
Quelle: Institut für Weltwirtschaft	

## Aktien fürs Alter?

Die Aktienkurse sind im Keller. Anleger haben in den vergangenen Jahren große Teile ihrer Ersparnisse verloren. Gleichzeitig steht die gesetzliche Rentenversicherung vor dem Kollaps. Um die Altersvorsorge zu sichern, setzen Ökonomen und einige Politiker den jüngsten Erfahrungen zum Trotz auf die Börse, Stichwort: kapitalgedeckte Rente. Das kann nur funktionieren, wenn sich ein anderer Begriff von „Kapitalanlage“ durchsetzt.

Der Letzte macht das Licht aus. So geschehen am 5. Juni 2003, als der Kabelnetzbetreiber Primacom als letztes Unternehmen des einst gefeierten Neuen Marktes ins Börsensegment „Prime Standard“ wechselte. Damit ist der Neue Markt endgültig Geschichte. Der Traum vom schnellen Geld hat sich für die meisten Freizeit-Börsianer erledigt. Viele hatten sich eine Zukunft als wohlhabende Privatiers ausgemalt, als ihre Depotauszüge noch atemberaubende Vermögenszuwächse auswiesen. Jetzt grübeln sie über ihre Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Doch die ächzt unter den demographischen Lasten: Weniger Junge müssen für immer mehr Alte aufkommen.

Gegenwärtig diskutierte Reformvorschläge sehen die Zukunft der Altersvorsorge nun – ausgerechnet – in der Börse. Wirtschaftswissenschaftler und Politiker fordern: Die Eigenvorsorge muss gestärkt werden. An die Stelle des Umlageverfahrens der gesetzlichen Rentenversicherung, bei dem die Beiträge der Arbeitnehmer ohne Umschweife an die Rentner überwiesen werden, soll die Kapitaldeckung treten. Das heißt nichts anderes, als dass jeder Einzelne einen Teil seines Verdienstes investieren soll, zum Beispiel in Aktien oder

Anleihen von Unternehmen. Das kann auf direktem Wege geschehen oder auf dem Umweg über kompliziertere Finanzprodukte, wie sie von Banken und Versicherungen etwa als Riester-Rente angeboten werden. In jedem Fall sollen die gewählten Wertpapiere über Jahrzehnte hinweg so viel Gewinn abwerfen, dass sie ihren Besitzern im Alter einen angemessenen Lebensstandard sichern.

Nach den Erfahrungen mit dem Neuen Markt dürfte allerdings mancher zweifeln, ob auf das Prinzip der Kapitaldeckung Verlass ist. Zum Glücksspiel soll die Altersvorsorge schließlich nicht werden. Dass die Deutschen skeptisch geworden sind, ist offensichtlich: Die Zahl der Aktienbesitzer ging 2002 gegenüber dem Vorjahr um 694 000 auf rund fünf Millionen zurück. Selbst das Interesse an der Riester-Rente, mit der die Bundesregierung 2002 den ersten Schritt in Richtung Kapitaldeckung unternommen hat, hält sich in Grenzen. Bis Ende 2002 haben Arbeitnehmer gerade einmal 2,93 Millionen Verträge abgeschlossen. Die Regierung hatte ursprünglich fünf Millionen prognostiziert.

### Ist die heutige Rentenversicherung reformierbar?

So sehr manchem Zeitgenossen die Lust aufs Geldanlagen

vergangen ist: Eine Alternative zur Altersvorsorge per Kapitalmarkt ist nicht in Sicht. Langfristig gibt es nur drei Möglichkeiten, die bestehende Rentenversicherung am Leben zu halten: entweder weiter steigende Beiträge oder niedrigere Auszahlungen – oder beides.

■ Höhere Versicherungsbeiträge erhöhen die so genannten Lohnnebenkosten. Das heißt, für Unternehmer wird es teurer, neue Arbeitskräfte einzustellen. Deshalb werden die Firmen eher Stellen abbauen. Bei höherer Arbeitslosigkeit wiederum sinken die Einnahmen der Rentenversicherung, und die Beiträge müssten erneut erhöht werden – ein Teufelskreis.

■ Möglichkeit Zwei: niedrigere Rentenzahlungen, wie sie momentan wieder im Gespräch sind. Sozialministerin Ulla Schmidt will ab 2005 einen „Nachhaltigkeitsfaktor“ in die Rentenberechnung einführen. Ex-Sozialminister Norbert Blüm hatte 1998 einen solchen „demographischen Faktor“ bereits geplant. Die schönen Begriffe dienen vor allem dazu, das hässliche Wort Rentenkürzung zu vermeiden, bedeuten aber nichts anderes. Doch der Spielraum für Rentenkürzungen ist begrenzt: Was nützt eine Rentenversicherung, wenn die Versicherten als Gegenleistung für ihre Beiträge später



„Ein Mensch sieht schon seit Jahren klar:  
Die Lage ist ganz unhaltbar.  
Allein – am längsten, leider, hält  
das Unhaltbare auf der Welt.“  
Eugen Roth, Schriftsteller

keine Auszahlungen bekommen, die merklich über dem Sozialhilfeniveau liegen?

### Investieren, nicht Spekulieren

Das Einsammeln der Beiträge bei Arbeitnehmern und das Verteilen unter den Rentnern, wie es bei der so genannten umlagefinanzierten Rente bisher geschieht, ist also keine Lösung. Es gibt nur einen Weg, um trotz verhältnismäßig geringen Einzahlungen während des Arbeitslebens die relativ hohen Ansprüche im Rentenalter befriedigen zu können: Das eingezahlte Kapital muss „arbeiten“. Das heißt, es muss für produktive Investitionen genutzt werden, für neue Technik, Fertigungsstätten, Maschinen. Nur dann kann sich das eingesetzte Kapital dauerhaft vermehren. Investitionen sorgen bei den Unternehmen für Gewinne, aus denen Dividenden- und Zinszahlungen gespeist werden können. Die Altersrücklagen der Arbeitnehmer, die diese Beträge gutgeschrieben bekommen, wachsen auf diese Weise langsam, aber stetig an.

Entscheidend ist: Investieren darf nicht mit Spekulieren verwechselt werden. Wenn die-

ser Unterschied in Vergessenheit gerät, sind Exzesse wie in den vergangenen Jahren nicht auszuschließen, bei denen Anleger am Neuen Markt Ersparnisse von rund 200 Milliarden Euro verloren haben.

Was ist mit diesem Geld passiert? Die Milliarden, die sich die „Helden“ der New Economy bei den Anlegern geborgt haben, sind nur zum Teil investiert worden. Große Summen wurden für gigantische Marketingaktionen verschleudert. Riesige Beträge wurden aufgewendet, um andere Firmen zu kaufen. Diese Geschäftspolitik trieb zwar die Börsenkurse in die Höhe, schaffte aber keine neuen Werte. Letztlich ist viel Geld in den Konsum geflossen, was der Wirtschaft nur kurzfristig genützt hat. Der Absturz war programmiert.

### Zeit für den Wechsel

Die Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen, die erst zum Boom und dann zum Crash geführt haben, liegen auf der Hand. Aber aus Fehlern kann man lernen. Natürlich wird es nicht immer gelingen, problematische Entwicklungen im Voraus zu erkennen. Auch Investitionen,

die allen Anforderungen an „Seriosität“ genügen, können sich im Nachhinein als Fehlschlag erweisen. In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung entscheidet am Ende der Verbraucher, welche unternehmerischen Vorhaben von finanziellem Erfolg gekrönt sein werden und welche nicht. Absolute Planungssicherheit für Unternehmer und Investoren gibt es nicht.

Ist es trotzdem zu verantworten, auf ein Altersvorsorge-Konzept zu setzen, in dem Vermögenszuwächse wahrscheinlich, aber nicht garantiert sind, Risiken also nicht gänzlich ausgeschlossen werden können?

Die Antwort ist einfach: Ertrag ohne Risiko gibt es nicht. Aber Risiken lassen sich begrenzen. Investitionsentscheidungen – die sich an langfristigen Erträgen statt am neuesten Trend im täglichen Börsen-Auf und -Ab orientieren – sowie die Kombination verschiedener Anlageformen bringen mehr Sicherheit.

Dass eine Rente auf Kapitalbasis funktioniert, beweist zum Beispiel die Schweiz. Dort verwalten Pensionsfonds Milliardenbeträge als betriebliche Altersvorsorge. Zwar ha-

ben sich in jüngster Zeit auch einige dieser Fonds am Aktienmarkt verspekuliert. Die Konsequenzen sind, gemessen am drohenden Rentenkolaps in Deutschland, relativ harmlos. Bis Anfang des Jahres waren die eidgenössischen Pensionskassen verpflichtet, eine jährliche Verzinsung von vier Prozent sicherzustellen. Diese Mindestverzinsung soll nun auf zwei Prozent sinken. Bedenkt man, dass in Deutschland gerade diskutiert wird, die nächste Rentenerhöhung ausfallen zu lassen, schneidet die kapitalgedeckte Betriebsrente der Eidgenossen besser ab.

In Deutschland hat der ehemalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm über ein Jahrzehnt keine Gelegenheit ausgelassen, sein liebstes Sprüchlein aufzusagen: „Die Rente ist sicher.“ Aktuelle Umfragen zu Folge glauben inzwischen 72 Prozent der Deutschen nicht mehr daran, dass sie im Alter mit der staatlichen Rente auskommen werden. Die Bürger sind inzwischen weiter als viele Sozialpolitiker. Deshalb: Die Zeit ist reif für den Systemwechsel.

*Philipp Wolter*

## Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung

in Millionen €	Einnahmen	davon:	Beiträge	Bundeszuschuss	Zuschuss Ökosteuer	Ausgaben	Einnahmen minus Ausgaben
1991	139 452		108 688	25 808	-	133 735	5 718
1993	155 418		120 559	31 978	-	159 342	- 3 923
1995	179 303		139 921	37 470	-	184 380	- 5 077
1997	197 240		153 658	42 229	-	196 270	970
1999	211 848		160 506	41 846	7 976	206 969	4 879
2001	220 319		146 695	41 165	12 177	220 281	38
2003*	233 300		170 900	36 600	17 300	234 200	- 900

\*geschätzt  
Quelle: Verband der Rentenversicherungsträger



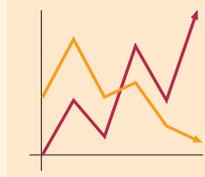
„Es ist gerecht, dass jeder Einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen. Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muss.“

Friedrich II. von Preußen, genannt der Große

## IM KLARTEXT

Jun 2003

### SM Index



### Die Soziale Marktwirtschaft im Juni 2003

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung

Seit 1991 hat die Bundesanstalt für Arbeit 138 Milliarden € für die so genannte aktive Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern ausgegeben. 6,5 Millionen Menschen haben seitdem dort an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Weiterbildungs- oder Umschulungslehrgängen teilgenommen. Das entspricht etwa der Zahl aller ostdeutschen Erwerbstätigen.

Obwohl Infrastruktur und berufliche Qualifikation erheblich verbessert wurden, konnte die Massenarbeitslosigkeit nicht entscheidend verringert werden. Nur elf Prozent der Teilnehmer im Os-

ten sind ein halbes Jahr nach Ende einer ABM sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Teilnehmer von Weiterbildungslehrgängen schneiden etwas besser ab: 28 Prozent von ihnen haben einen regulären Arbeitsplatz gefunden. Alle Übrigen müssen weiter auf Arbeit warten.

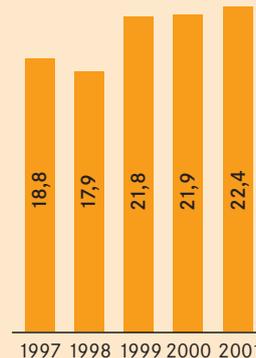
### Geldwertstabilität

Immer mehr private Haushalte in Deutschland verschulden sich: Von den 38,7 Millionen Privathaushalten musste 2001 fast jeder vierte Haushalt einen Konsumentenkredit abzahlen. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW-Wochenbericht 17/2003) zahlen ostdeutschen Schuldner im Schnitt monatlich 140 € für die Bedienung ihrer Schulden, westdeutsche monatlich 202 €.

Ein Grund für das Schuldenmachen: Angesichts der Konsumflaute versuchen immer mehr Unternehmen, Kunden mit günstigen Krediten zu locken. Wovon viele die Augen verschließen: Der Konsumentenkredit von heute schmälert die Kaufkraft von morgen.

### Private Verschuldung

in Prozent aller deutschen Haushalte



Quelle: DIW

und hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der mehr Selbständigkeit schaffen soll.

Der Entwurf ist ein Kompromiss, um den erwarteten Widerstand der etablierten Handwerkerverbände zu dämpfen: Rund zwei Drittel der 94 Handwerksgerbere - darunter Handwerke wie Böttcher, Korb- oder Segelmacher - sollen vom Meisterzwang befreit werden. Die komplette Streichung des Meisterzwangs wäre wohl ein zu großer Sprung Richtung Eigenverantwortung gewesen.

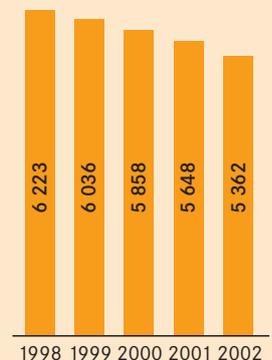
### Eigenverantwortung

Sich selbständig zu machen, ist für deutsche Handwerker schwer: Wer keinen Meisterbrief hat, muss sich Arbeit als angestellter Geselle suchen. Dabei ist die Zahl der Beschäftigten im Handwerk seit 1995 um rund 1,3 Millionen gesunken.

Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement meint, Deutschland kann sich starre Vorschriften angesichts von 4,5 Millionen Arbeitslosen nicht länger leisten. Er will die Handwerksordnung modernisieren

### Handwerker

in Tausend\*



\*Teil A und B Handwerksordnung

Quelle: ZDH

### Arbeitslosenquote

in Prozent aller Erwerbspersonen

Sachsen-Anhalt	20,6
Meckl.-Vorpommern	20,1
Brandenburg	18,9
Sachsen	17,9
Thüringen	16,7
neue Bundesländer	18,6
alte Bundesländer	8,2
Deutschland	10,4

Stand: Mai 2003

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*